

EVANGELISCHER OBERKIRCHENRAT

Kommunikation und Fundraising  
KR. Dr. André Kendel, Abteilungsleiter  
Blumenstr.1-7  
76133 Karlsruhe  
Telefon 0721 9175-115  
Telefax 0721 9175-25-115  
André.kendel@ekiba.de



# Synode im Überblick

**Achte ordentliche Tagung der 13. Landessynode vom 16. bis 20. April 2024 in Bad Herrenalb, ‚Haus der Kirche‘**

## 1. Eröffnungsgottesdienst/Grußworte/Bericht der Landesbischöfin/Stellungnahmen

Der Eröffnungsgottesdienst fand am 16. April um 14 Uhr in der Kapelle im Haus der Kirche Bad Herrenalb statt. Die Predigt hielt Oberkirchenrätin Cornelia Weber.

Rami Suliman, Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, sprach ein Grußwort: „Wir als jüdische Gemeinde erleben eine schwierige Zeit, eine richtig schwierige Zeit“, sagte Suliman. „Nach dem 7. Oktober, nach dem barbarischen, mörderischen Angriff der Hamas, gibt es für uns Juden in Baden, in Deutschland, in der ganzen Welt eine neue Epoche. Es ist ein anderes Leben.“ Das bisherige Vertrauen in die Armee, in die Technologie, in die Wirtschaft sei verschwunden. Der Holocaust sei immer im Kopf, ebenso die Verfolgung der Juden in den vergangenen Tausenden Jahren. „Wir leben damit. Aber das, was am 7. Oktober passiert ist, zog uns den Teppich unter den Füßen weg. Natürlich ist Israel nicht sicher. Wir konnten hier in Deutschland, überall in der Welt, sicher leben, weil wir wussten: Da ist unser Platz. Da ist unser Fluchtraum. Heute haben wir das nicht mehr.“ Und weiter machte der Vorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft in Baden deutlich: „Alles, was im Nahen Osten passiert, beeinflusst unser Leben hier. Man kann das nicht trennen. Unser jüdisches Leben in Baden hängt davon ab: von der offenen Beziehung zur evangelischen Kirche, zur katholischen Kirche und den verschiedenen islamischen Verbänden.“ Deswegen sei Rami Suliman umso dankbarer für die enge Verbundenheit mit der Evangelischen Landeskirche in Baden. Synodalpräsident Axel Wermke betonte: „In unserem Friedensgebet ist nötiger denn je nach dem, was jetzt wieder geschehen ist, den Schulterschluss deutlich zu machen und zu zeigen, dass wir uns für Frieden in der Welt, in allen Regionen einsetzen.“

Weitere Grußworte im Rahmen der ersten Plenarsitzungen sprachen Weihbischof Dr. Peter Birkhofer (Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg), Präsident Hermann Lorenz (Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz), Superintendent Dr. Joao Carlos Schmidt (Evangelisch-Lutherische Kirche in Baden) und Klaus Hoffmann, der Bürgermeister Stadt Bad Herrenalb.

**Bericht der Landesbischöfin:** In Ihrem Bericht „Rechenschaft von der Hoffnung, die in uns ist“ nahm die Landesbischöfin Bezug auf die aktuelle Situation im Nahen Osten. Sie sagte: „Seit dem 7. Oktober des letzten Jahres ist ein friedliches Miteinander in Israel und Palästina ferner denn je gerückt.“ „Nach den unsäglichen Massakern der Hamas am 7. und 8. Oktober in Israel, dem nun schon fast ein halbes Jahr andauernden Krieg in der Region und der humanitären Katastrophe im Gaza-Streifen, angesichts der immer noch von der Hamas festgehaltenen Geiseln und der immer wieder neu eskalierenden Gewalt auch im Westjordanland steigt die Ratlosigkeit, wie hier Frieden werden soll. Die Lage hat am vergangenen Wochenende in der Nacht auf den 14. April eine weitere Eskalation erfahren.“ Angesichts der Bedrohungslage sei das Schweigen der Waffen weit in die Ferne gerückt, „das Dröhnen der Kriegsmaschinerie hat kein Ende. Neben allen politischen Bemühungen müssen gerade jetzt die Stimmen derer, die für die Opfer auf allen Seiten beten, gestärkt werden. Auch, dass jüdische Gemeinden in Deutschland seit Anfang Oktober noch größeren Gefahren ausgesetzt sind, dass antisemitische Parolen auf unseren Straßen wieder laut werden, sei unerträglich, so die Landesbischöfin und betonte: „Wir stehen an der Seite der jüdischen Gemeinden.“ Die gleichzeitig wachsende Muslimfeindlichkeit und einen Generalverdacht gegen muslimische Menschen sehe sie ebenfalls mit Sorge.

Weiter erteilte die Landesbischöfin „Hass und Hetze, rechtsextremistischem Gedankengut und menschenverachtenden Reden“ in der Kirche eine klare Absage. Sie betonte: „Menschenverachtende Fantasien, die unter dem Etikett ‚Remigration‘ die Multikulturalität unserer Gesellschaft in Frage stellen, dürfen bei uns keinen Nährboden haben. In der Bandbreite der Motivlagen, aus denen heraus Menschen geneigt sind, die AfD zu wählen, müssen wir alles daransetzen, diese für die demokratische Mitte zurückzugewinnen, und dabei niemanden verloren geben.... Mit Blick auf die Kommunal- und Europawahlen rufen wir alle dazu auf, ihr Kreuz im demokratischen Spektrum zu setzen.“

Hinsichtlich der Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung aus dem Jahr 2022 rief Springhart dazu auf, den Blick zu schärfen, „wo wir wirksam werden können“: „Von einer Minderheitenkirche sind wir im Südwesten noch weit entfernt. Dennoch zielen unsere Transformationsprozesse darauf, uns so aufzustellen, dass wir auch in einer Situation mit weniger Mitgliedern oder gar in einer Minderheitensituation nicht minder strahlkräftig und glaubwürdig das Evangelium unter die Leute und Menschen in Kontakt mit der befreienden Botschaft von Gottes Gnade und mit der Kirche bringen.“

Auch auf die Ergebnisse der ForuM-Studie, die sexualisierte Gewalt und andere Missbrauchsformen in der Evangelischen Kirche und Diakonie in Deutschland aufgearbeitet hat, ging die Landesbischöfin ein. Sie mahnte zu Sensibilität, Selbstkritik und schonungsloser Ehrlichkeit bei diesem Thema: „Wir müssen die strukturellen Bedingungen für Prävention, Intervention und Aufarbeitung selbstkritisch unter die Lupe nehmen. Prävention und die flächendeckende Erarbeitung von Schutzkonzepten sind wesentlicher Bestandteil des Kulturwandels hin zu reflektierter Nähe, zu Aufmerksamkeit und einem Klima und einer Kultur, in der Täter gestoppt und Taten verhindert werden. Dafür braucht es auch die Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen, damit diese Aufgabe verantwortlich wahrgenommen werden kann. Um der betroffenen Menschen und um unserer Glaubwürdigkeit als Kirche willen müssen wir alles daran setzen, dass Aufarbeitung, Prävention und Intervention gelingen.“

Abschließend richtete die Landesbischofin den Blick auf die Zukunftsprozesse der Landeskirche. „Die Bezirke haben wesentliche Entscheidungen getroffen, Kooperationsräume sind gebildet - und ob das alles trägt und funktioniert, ob die Strukturen und die Regelungen einer kraftvollen und strahlenden Kirche dienen - das werden wir uns immer wieder fragen müssen.“ Nicht alles, was Tradition sei, müsse weg - und nicht alles sei verheißungsvoll, nur weil es neu ist. „Aber wir brauchen mehr Mut zu echten Innovationen. Nicht nur als Orchideen, sondern als aufblühende und sich ausbreitende Gänseblümchen, die nach und nach eine Wiese strahlend weiß machen.“

**Gegen Populismus und Extremismus:** „Klare Kante gegen Populismus und Extremismus“ zeigen auch die Synodalen vor den kommenden Wahlen. Dafür beschlossen sie am Freitag, im Mai eine gemeinsame Erklärung mit dem Diözesanrat der Erzdiözese Freiburg zu veröffentlichen. „Bei der anstehenden Europa- und Kommunalwahl sind Erfolge gerade extremistischer Parteien zu befürchten. Dies kann christliche Kirchen nicht unberührt lassen“, heißt es in der Begründung.

**Antidiskriminierung:** „In Zeiten von Hass und Hetze brauchen wir Distanz von extremistischen Strömungen und nehmen das ausdrücklich in die Grundordnung hinein“, begründete Synodalpräsident Axel Wermke die Entscheidung, die landeskirchliche Verfassung zu ändern. Zwar beinhaltete die Grundordnung schon bisher in Artikel 2 ein allgemeines Diskriminierungsverbot in Form einer theologischen Grundaussage. In der Neufassung wurde dieses Verbot aber konkretisiert, indem explizit eine diskriminierende Behandlung etwa aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder einer rassistischen Zuschreibung untersagt wird.

## 2. Ausbildung des theologischen Nachwuchses

In einer gemeinsamen Präsentation zeigten Kirchenrätin Sibylle Rolf, Seminarleiterin Monika Lehmann-Etzelmüller und Werner Volkert auf, wie sich theologische Ausbildung und der Zugang zu ihr wandelt. „Die Ausbildung zu den theologischen Berufen hat sich enorm verändert und ist weiter dabei, sich zu verändern“, sagte Rolf. Um theologischen Nachwuchs zu gewinnen, sei es notwendig, diverse Zugänge für Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen zu ermöglichen. Werbung für die theologischen Berufe geschehe „wesentlich durch Beziehungsarbeit vor Ort“. Dafür gibt es das Projekt „Himmlische Berufe“, das Schüler\*innen und Studierende anspricht ([www.himmlische-berufe.de](http://www.himmlische-berufe.de)). „Aber Werbung muss letztlich eine Anstrengung von uns allen sein.“

## 3. Studientag mit der Studie „Jugend zählt 2“

Die Synode hat sich in einem Studientag mit der Studie „Jugend zählt 2“ beschäftigt und die ganze Bandbreite der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit kennengelernt. Die im Februar erschienene Studie gibt Einblicke in die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg sowie ihrer Diakonie. Die Projektleitung der Studie, Wolfgang Ilg (Evangelische Hochschule Ludwigsburg), und Kerstin Sommer (Evangelisches Kinder- und Jugendwerk Baden), haben in die Studie eingeführt und fassten

zusammen: „Wir müssen wahrnehmen: Auch die Zahlen in der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit gehen zurück. Die Coronaphase war ein schwerer Einschnitt gerade für die außerschulischen Angebote. Die Jugendarbeit hat hier aber große Resilienz gezeigt und ihre Angebote danach wieder ausgebaut. So erleben Kinder und Jugendliche: Evangelische Kinder- und Jugendarbeit in all ihren Facetten ist ein Hoffnungsort für junge Menschen.“ „Jugend zählt 2“ zeige, dass die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Kirche, Jugendverbänden und Diakonie lebendig ist, dass sich junge Menschen ehrenamtlich engagieren und Kinder und Jugendliche gestärkt und ermutigt werden. Insgesamt nehmen rund 159.000 junge Menschen an regelmäßigen Gruppenangeboten der evangelischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in all ihren unterschiedlichen Facetten von der Jungschar über Kindergottesdienst bis hin zu musikalischen Angeboten teil, weitere 280.000 Teilnahmen pro Jahr werden bei Einzelangeboten wie Freizeiten, Waldheimen oder Bildungsseminaren verzeichnet.

#### 4. Themenabend Forum

In einem Podiumsgespräch mit Landesbischöfin Heike Springhart, der Kirchenpräsidentin der Pfalz, Dorothee Wüst, die als Sprecherin der kirchlichen Beauftragten im Beteiligungsforum teilnahm, Nancy Janz als Sprecherin der Betroffenen im Beteiligungsforum Sexualisierte Gewalt der Evangelischen Kirche Deutschland, Urs Keller als Vorstandsvorsitzender der Diakonie Baden und Bernd Lange (Stabsstelle Schutz vor Sexualisierter Gewalt der Evangelischen Landeskirche in Baden) wurden die Ergebnisse der ForuM-Studie zu sexualisierter Gewalt beleuchtet. Der Landeskirchenrat hatte zuvor beschlossen, drei zusätzliche Stellen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt zu schaffen. Zwei Stellen sollen vorrangig im Nord- und Südbereich der Landeskirche die Gemeinden, Bezirke und Dienstgruppen in den Themen Prävention und Intervention unterstützen. Die dritte Stelle soll die Stabsstelle sexualisierte Gewalt im Evangelischen Oberkirchenrat verstärken. Für diese drei Stellen werden gut 300.000 Euro jährlich in den kirchlichen Haushalt eingestellt. Im Blick auf die weiteren Konsequenzen und die Notwendigkeiten, die sich aus der Studie ergeben, erläuterte die Landesbischöfin: „Ich glaube, es gehört zu den evangelischen Spezifika, dass wir nicht unterscheiden zwischen den nicht vorhandenen Machtunterschieden im Blick auf die Situation vor Gott und den de facto existierenden Asymmetrien auch in einer Seelsorgekonstellation. Selbst wenn es kein hierarchisches Verhältnis gibt, gibt es durch die Rollensituation eine Machtasymmetrie. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir Evangelischen ein Problem damit haben, uns diese Macht einzugestehen und damit auch verantwortlich mit ihr umzugehen.“ Mit einem persönlichen Appell beendete schließlich die Betroffenensprecherin Nancy Janz den Abend: „Ich wünsche mir von der Kirche, dass sie berührbar ist.“

#### 5. Zukunftskonzept VSA/EKV Landschaft, Digitalisierungsroadmap, Doppik

Die Anforderungen an unsere **zukünftige Verwaltungsstruktur** sind vielfältig und anspruchsvoll. Die bisherige kleinteilige Verwaltungsstruktur stößt an Grenzen: Der Personalmangel, ein erheblicher Innovationsdruck im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der IT, eine unübersichtliche Vielfalt von Prozessen und

Standards in den derzeit 14 Verwaltungseinheiten sind dabei wesentliche Punkte. Die parallel vorgestellten Themen „Digitalisierungsroadmap“ und „neue Finanzsoftware“ sind deshalb als ein Paket mit gegenseitigen Abhängigkeiten zu begreifen. Das zukünftige Verwaltungsmodell muss Einsparungen in Höhe von 30 Prozent darstellen. Bei allen Unwägbarkeiten und Komplexitäten der Verwaltungsreform ist dies eine klare Zielgröße für das Gelingen der Verwaltungsreform. Einmütig - und das ist alles andere als erwartbar gewesen - hat man sich letztlich für den großen Schritt entschieden und das vorliegende Verwaltungsmodell vorgeschlagen: drei zentrale Dienstleistungszentren für die Regionen Süd, Mitte und Nord, ergänzt durch notwendige dezentrale Nebenstandorte, die dann als „Vor-Ort-Außenstellen“ der drei Dienstleistungszentren fungieren.

Die **Digitalisierung** zielt auf eine zukunftsfähige, digitale Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen unserer Kirche ab, die Freiräume und Unterstützung für die wesentlichen Aufgaben unserer Kirche schafft. In den Beratungen aller Ausschüsse wurde deutlich, dass dieses Ziel und damit die Notwendigkeit der Digitalisierung unstrittig ist. Dadurch wird es zum einen möglich, die digitale Zusammenarbeit vor allem in den Bezirken und Kooperationsräumen zu unterstützen, und zum anderen, die Entwicklung einer einheitlichen IT-Struktur mit Support auf allen Ebenen voranzutreiben. Standardisierung und möglicher Datenaustausch sollen eine finanzielle und personelle Entlastung bringen. Die Digitalisierung sei dabei kein Selbstzweck, sondern geschehe mit dem Ziel, „mehr Freiräume für die wesentlichen Aufgaben, insbesondere die Verkündigung des Evangeliums, zu schaffen“, heißt es in dem Beschluss. Im Zuge dessen können zum Beispiel durch zusätzliche EKIBA-Lizenzen auch zunehmend ehrenamtlich Mitarbeitende eingebunden werden. Um das in den kommenden Jahren umzusetzen, bedarf es zunächst Investitionen. Insbesondere braucht es eine personelle Verstärkung, um mit dem Vorhaben zügig voranzukommen und die Entlastung an anderer Stelle auch realisieren zu können.

**Doppik:** Die Einführung einer neuen Finanzsoftware ist notwendig, weil die aktuell genutzte Software KFM am Ende ihrer Lebensdauer angekommen ist und funktional nicht mehr aktuell ist. Ein Verbleib bei der kameralen Buchhaltung würde die Softwareauswahl extrem begrenzen. Daher ist es notwendig, im Zuge des Softwarewechsels auch eine Umstellung auf die sogenannte doppische Buchhaltung vorzunehmen („Doppik“, doppelte Buchführung in Konten“). Einen ähnlichen Weg sind bereits die Kommunen in Baden-Württemberg und einige andere Landeskirchen gegangen. Häufig sind dort allerdings Sonderwege beschritten worden („kommunale Doppik“, „kirchliche Doppik“). Dies führt zu erhöhtem Aufwand bei der Einführung und im Betrieb und ist daher zu vermeiden. Vielmehr ist eine konsequente Ausrichtung an den Vorgaben des Handelsgesetzbuchs als dem maßgeblichen Standard für kaufmännische/doppische Buchhaltung notwendig. Damit ist gewährleistet, dass rechtliche Änderungen ohne zusätzlichen Anpassungsaufwand vom Softwarehersteller umgesetzt werden. Zudem erlaubt es eine Standardisierung und Vereinfachung von Prozessen sowie den Zugriff auf Standardwissen (Ehrenamtliche, neue Mitarbeitende, Beratung). In Vorbereitung der Softwareumstellung sind eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Arbeitsabläufe sowie eine Vereinfachung des Haushaltsrechts erforderlich. Ziel ist eine spürbare Entlastung in Haupt- und Ehrenamt sowie eine deutliche Verkürzung von Bearbeitungszeiten.

## 6. Implementierung einer Immobilienplattform

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation ist der Start einer landeskirchlichen Immobilienplattform nicht ganz einfach. Daher wird ein schrittweiser Start angestrebt. Zunächst soll die Plattform mit zwei besonders wertigen Immobilien starten, deren Potenziale prüfen und, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, diese entwickeln. So gewinnt man schnell Erfahrungen für die erforderlichen Abläufe. Ziel und Zweck der Immobilienplattform ist es, kirchliches Vermögen im innerkirchlichen Kreislauf zu halten, die Werte zu steigern und dauerhafte Erträge für die kirchliche Arbeit zu erwirtschaften. Wichtig war es den Landessynodalen zu betonen: Die Immobilienplattform ist keine Bad Bank für „rote Immobilien“. Eine große Zielklarheit ist bei der Plattform wichtig. Das heißt, es ist die Aufgabe der Plattform, Rendite zu erwirtschaften. Es sind dann die Gesellschafter, die diese Rendite für ihre guten Zwecke einsetzen. Die Landessynode fasst folgenden Begleitbeschluss: Die Landessynode bittet den Evangelischen Oberkirchenrat zu prüfen, inwieweit Unterstützungsleistungen für Grundstücke, die nicht in die Immobilienplattform eingeführt werden können, erbracht werden können.

## 7. Berichte

**Sorgende Gemeinde werden:** „Erlebt! Generationen teilen Geschichten“ (ein Podcast) - „Friedas Gartencafé goes local ... für Menschen mit und ohne Demenz“ - „Fit fürs Leben“ - „Türöffner in Überlingen“ - „Gemeindehaus wird Gemeinschaftshaus“ - „Café Bohne“ ... nur einige der Projektnamen, die unter dem Label „Sorgende Gemeinde werden“ vom gleichnamigen Projekt zwischen 2018 und 2024 gefördert wurden. Dessen Ziel war es, neue Unterstützungs- und Begleitangebote für und mit alten Menschen in Kirchengemeinden und -bezirken zu entwickeln, sei es als Hilfs-, Begleit- oder Bildungsangebote. Das Besondere ist das Zusammenwirken von evangelischer Kirche und Diakonie in den Sozialraum hinein.

**Abschlussbericht Mitgliederorientierung:** Das Projekt wurde 2018 gestartet und hatte durch den Wechsel in der Projektleitung eine Vakanzzeit. Ein paar Namen von Aktivitäten im Sinne der Mitgliederorientierung: Brot und Salz für Neuzugezogene, Eltern Neugeborener, Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 12-30 Jahren werden kontaktiert, zum Valentinstag, endlich 18 uvm. ([www.kirchenpost-ekiba.de](http://www.kirchenpost-ekiba.de)). Das Projekt wurde 2024 in die Abteilung Kommunikation und Fundraising eingegliedert. Die Verstetigung dieser Arbeit erhält uneingeschränkte Zustimmung, weil sowohl die Perspektive der Mitglieder auf die Kirche wichtig ist als auch die Kommunikation mit ihnen.

**Zum Stand des Strategieprozesses ekiba2032:** Viele Aushandlungsprozesse und Entscheidungen vor Ort, Gedanken und Herzblut von Engagierten wurden in den ekiba2032-Prozess investiert. Aktuell beginnt vor Ort der fließende Übergang in die konkrete Umsetzung der in den letzten beiden Jahren erarbeiteten Konzeptionen. 114 Kooperationsräume sind gebildet, in zwölf Kirchenbezirken ist das Verfahren komplett abgeschlossen. Sechs einzelne Beschwerden gingen ein. Bisher standen die Reduktionsaufgaben im Vordergrund, transformatorische Überlegungen können sich jetzt entwickeln. Im weiteren Prozess sind deshalb Kommunikation und Vernetzung nötig, sowie Vision und Strategie, Kompetenz und Unterstützung. Eine Zwischenevaluation des Prozesses durch eine Agentur ist

geplant. Operativ liefen viele Fäden im Kernteam zusammen. Im Landeskirchenrat wurden jetzt die Weichen für eine Agentur für Beratung gestellt.

**Emoji Projekt - Migrationsfamilien stärken:** Der Projektleitung Ursula Bank und Regine Gnegel standen im Zeitraum von 2019 bis 2023 Projektmittel in der Höhe von 500.000 Euro zur Verfügung. Damit sollte Beratung für Migrationsfamilien ermöglicht werden, insbesondere im Blick auf die Kinder der Flüchtlingsfamilien, die durch die Belastung der Flucht zu kurz kamen. Emojis sind international bekannt und nicht an die Landessprache gebunden. Kinder können sich mithilfe von Emojis ausdrücken. Das hat ihnen zusammen mit den Beratungen sehr geholfen (in den Projektberatungsstellen in Pforzheim und Bretten). Die Projekte wurden an beiden Standorten auch aufgrund guter Verzahnung von Kirche und Diakonie mit den Kommunen sichtbar.

**Jugendkirchen** sollten als Teil bezirklicher Gebäudeoptimierung entstehen. In der Zeit von 2019 - 2023 standen dafür 492.000 Euro zur Verfügung. Ausgewählt wurden dann vier Standorte: Karlsruhe, Markgräflerland, Emmendingen, Breisgau-Hochschwarzwald. Die räumlichen Bedarfe der Kinder- und Jugendarbeit und das Modell der Jugendkirche wurden in das Konzept der Gebäudeoptimierung in den teilnehmenden Kirchenbezirken einbezogen und einkalkuliert. Jugendkirchen sind in Regionen oder Kooperationsräumen Anlaufzentren für Kinder und Jugendliche. Die hier entwickelten und gelebten Formen der Verkündigung in unterschiedlichen Formen der Kinder- und Jugendarbeit werden in das Netzwerk der Kinder- und Jugendarbeit im Kirchenbezirk, den Gemeinden und den Jugendverbänden eingebracht. Z. B. wurde daraus die Silberlilly (ein Airstream-Wohnwagen) und eine Ape im Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald, die man beide auch ausleihen kann, in Karlsruhe z. B. wird die Johanniskirche am Werderplatz als Jugendkirche genutzt (sozialdiakonischer Schwerpunkt).

Vom Besuch der Landessynode im Evangelischen Oberkirchenrat am 2. Februar 2024 wurde berichtet. Alle sprachen von einem gelungenen Format.

**Bericht von der EKD-Synode:** Diese wurde zunächst ohne Beschlussfassung unterbrochen, so lagen drei Wochen zwischen Beratungen und Beschlüssen. Der Rücktritt der Ratsvorsitzenden Annette Kurschus war ein großes Thema, außerdem der Bericht aus dem Beteiligungsforum, die gemeinsame Erklärung, dass unabhängige regionale Aufarbeitungskommissionen geschaffen werden. Die Vereinheitlichung von Anerkennungsverfahren und Leistungen wurden auf den Weg gebracht und eine Austauschplattform für Betroffene wurde vorgestellt. Die Sprach- und Handlungsfähigkeit im Glauben war ebenso Thema auf dieser Synode (#glaubensstark wurde eingeführt). Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung VI (KMU VI) wurde erstmals vorgestellt. Der § 218 wurde diskutiert und eine Kommission gegründet. Die Rolle der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Zusammensetzung des Rates wurden diskutiert.

## 8. Jahresabschlüsse

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Jahresabschlüsse der Versorgungsstiftung 2022, die Jahresabschlüsse 2021 und 2022 der evangelischen Jugendbildungsstätten Neckarzimmern und Ludwighafen, das Haus der Kirche Herrenalb, das Studienseminar Morata-Haus und den Jahresabschluss 2022 der Evangelischen Landeskirche in Baden geprüft. Die Entlastung für den Jahresabschluss 2022 der Evangelischen Landeskirche in Baden erfolgte.

## 9. Wahlen/Verschiedenes/Schlusswort

Sabine Ningel wurde mit Wirkung zum 1. Juli 2024 als 2. Stellvertreterin des Präsidenten der Landessynode gewählt, da Ilse Lohmann in eine andere Landeskirche wechselt. (Sie wird auf der Herbstsynode verabschiedet.) Thomas Schalla dankt im Namen der Ausschussvorsitzenden in Form einer Büttenrede.

Im Schlusswort hob Präsident Axel Wermke den eingeschlossenen Studientag zu Kinder- und Jugendarbeit und zur Studie „Jugend zählt 2“ hervor, dankte für den Bericht der Landesbischöfin „Rechenschaft von der Hoffnung, die in uns ist“, verwies auf die Erläuterungen zu den sogenannten himmlischen Berufen und auf die Vorstellung verschiedener gelungener Projekte. Er dankte dem Verein für Kirchengeschichte in der Evangelischen Landeskirche in Baden, der den neu erschienenen Band "Kirchenleitung" aus der Reihe "Lebensbilder" vorstellte. Der Präsident verwies auf das intensive Podiumsgespräch zu Konsequenzen aus der ForuM-Studie und erinnerte an weitere Schritte auf dem Weg der Transformation durch Digitalisierungsprojekte wie die Neuaufstellung der Verwaltungs- und Serviceämter respektive der evangelischen Kirchenverwaltungen (VSA/EKV) und die Einführung von Doppik. Andachten und Gebete zum Kraftschöpfen und natürlich der gute Austausch und das bewährte Miteinander machten eine erfolgreiche Tagung möglich.

Weitere Informationen zur Tagung der Landessynode unter [www.ekiba.de/landessynode/fruehjahrstagung2024](http://www.ekiba.de/landessynode/fruehjahrstagung2024).